

Landkreis Uckermark

- Der Landrat -



Kreisverwaltung Uckermark, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau

Haßlebener Schweineproduktion
und Recycling GmbH
Straße der DSF 1
17268 Boitzenburger Land
OT Haßleben

Nebenstelle:

Dezernat: I
Amt: Landwirtschafts- und Umweltamt
untere Wasserbehörde
Bearbeiter(in): Frau Kersten
Zimmer-/Haus-Nr.: 308/1
Telefon-Durchwahl: 03984 704568
Telefax: 03984 704599
E-Mail: landkreis@uckermark.de

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Datum
		68.24/4 00068/13	19.06.2013

WASSERRECHTLICHE ERLAUBNIS, Reg.-Nr. NG/0042/2013

Gemäß §§ 8, 9, 12, 13, 47, 48 und 64 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG¹) sowie der §§ 28, 29, 39c und 65 des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG²) wird hiermit der

Haßlebener Schweineproduktion und Recycling GmbH
Straße der DSF 1
17268 Boitzenburger Land OT Haßleben

die folgende widerrufliche wasserrechtliche Erlaubnis erteilt:

1. Gegenstand der Erlaubnis

1.1 Art der Gewässerbenutzung

Einleiten von Stoffen in das Grundwasser

1.2 Zweck der Gewässerbenutzung

Einleitung des unverschmutzten Niederschlagswassers der Dach- und Verkehrsflächen im Bereich der Biogasanlage (ehemaligen Verregnungspumpstation, Gebäude 39) der Schweinezucht- und -mastanlage Haßleben mittels Muldenversickerung.

1.3 Umfang der Gewässerbenutzung

Konto der Kreisverwaltung:
Sparkasse Uckermark
Kto.-Nr.: 3424001391 (BLZ 170 560 60)
IBAN: DE67170560603424001391
BIC: WELADED1UMP

Steuernummer:
062/149/01062

Telefon-Vermittlung:
03984 70-0

Internet:
www.uckermark.de

Sprechzeiten:
Mo. u. Do.: 08:00 bis 12:00 Uhr
Di.: 08:00 bis 12:00 und
13:00 bis 17:00 Uhr
Fr.: 08:00 bis 11:30 Uhr

Vom Landkreis Uckermark angegebene E-Mail-Adressen dienen nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung. Sie dienen nicht der Übermittlung rechtsverbindlicher Erklärungen und Anträge, die nach geltendem Recht der Schriftform bedürfen.

Einleitmenge: 11,81 l/s 478 m³/a

1.4 Örtliche Lage der Gewässerbenutzung

Gewässer: Grundwasser
 Stadt/Gemeinde: Boitzenburger Land, OT Haßleben
 Gemarkung: Haßleben
 Flur: 2
 Flurstück: 117

1.5 Antragsunterlagen

- Antrag vom 03.05.2004 und ergänzende Aussagen vom 07.02.2005 und 13.07.2006
- Stellungnahmen des Wasserwirtschaftsamtes (§§ 125, 126 Abs. 3 Satz 1 und 2 BbgWG) vom 20.04.2007 (RW 5, S. 213) und vom 31.05. 2007 (RW5, S. 215)
- zusammenfassende Darstellung (§ 11 UVPG) der federführenden Behörde zum immissionsschutzrechtlichen Verfahren Nr. 009.00.00/04 unter Hinzuziehung relevanter Antragsunterlagen des Genehmigungsverfahrens Nr. 009.00.00/04.

Diese sind Grundlage der Erlaubniserteilung.

1.6 Befristung

Die Erlaubnis erlischt, wenn nicht innerhalb von 2 Jahren nach der Zustellung mit der Baudurchführung begonnen worden ist.

Die Erlaubnis erlischt ferner, wenn der Bau zwar begonnen aber nicht innerhalb eines Jahres fertig gestellt worden ist.

Die Verlängerung der Geltungsdauer ist auf Antrag unter Angabe der Verzögerungsgründe möglich.

2. **Nebenbestimmungen**

- 2.1 Die Versickerung mittels Rohrrigole ist untersagt. Die Versickerung hat mittels flacher Mulden durch eine 30 cm bewachsene Oberbodenschicht zu erfolgen.
- 2.3 Der Boden, durch den versickert wird, darf nicht vorbelastet sein (z. B. durch Altlasten). Sollten während der Bauarbeiten organoleptische Auffälligkeiten im Baugrund festgestellt werden, so ist gemäß § 21 Abs. 3 BbgWG unaufgefordert und ohne schuldhafte Verzögerung die untere Wasserbehörde des Landkreises (Tel. 03984/701168) zu informieren.
- 2.4 An den befestigten Verkehrsflächen sind die vorhandenen Abflusshindernisse, wie Randeinfassungen oder Verwallungen (Schälen der Bankette), zu beseitigen.
- 2.5 Bestehende Entwässerungsanlagen (z.B. Einläufe, Schächte, Rohrleitungen, Drainagen) sind vorrangig zurück zu bauen oder ausnahmsweise zu ver-

schließen. Die Fallrohre der Dachflächen sind oberirdisch an die Versickerungsanlagen anzuschließen.

- 2.6 Über die Bemessung und Lage der Versickerungsanlagen ist eine Ausführungsplanung zu erstellen, die der Wasserbehörde des Landkreises mindestens einen Monat vor Baubeginn zur Prüfung vorzulegen ist. Mit dem Bau der Versickerungsanlagen darf erst begonnen werden, wenn die Ausführungsplanung bestätigt worden ist. Die bestätigte Ausführungsplanung ist am Anlagenstandort zusammen mit dieser Erlaubnis ständig bereit zu halten.
- 2.7 Die bewachsene Oberbodenschicht muss folgende Eigenschaften haben:
 - pH-Wert 6 bis 8,
 - Humusgehalt 1 bis 3 Masse-% und
 - Tongehalt < 10 Masse-%.
 Der eingesetzte Mutterboden muss aus Fein- und Mittelsand bestehen (gute hydraulische Leitfähigkeit und Filterwirkung). Die Eigenschaften des Bodens sind vor dem Einbau der unteren Wasserbehörde des Landkreises durch Analyse- und Herkunftsbelege nachzuweisen.
- 2.8 Die Versickerungsmulden sind gemäß DWA-Arbeitsblatt A 138 NEU „Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser“ (April 2005) zu bemessen.
- 2.9 Die Versickerungsmulden müssen stets eine durchgängige Bepflanzung (Rasen) enthalten, die jährlich zu mähen ist.
- 2.10 Ein übermäßiger Eintrag von Feststoffen (auch Grasschnitt und Laub) in den Mulden ist zu beseitigen. Ist die Reinigungsleistung der Mutterbodenschicht durch Kolmation oder Verschlammung beeinträchtigt, sind die Mulden neu zu profilieren und die Mutterbodenschicht wieder herzustellen. Diese Maßnahmen sind der unteren Wasserbehörde des Landkreises vor Beginn anzuzeigen.
- 2.11 Die Ausführung der Baumaßnahme muss mit den bestätigten Planungsunterlagen übereinstimmen. Wenn beim Bau Abweichungen notwendig werden, sind diese mit den relevanten Unterlagen der unteren Wasserbehörde unverzüglich mitzuteilen bzw. mit ihr abzustimmen.
- 2.12 Baubeginn und Fertigstellung sind der unteren Wasserbehörde mindestens 10 Tage vorher anzuzeigen. Mit der Fertigstellungsanzeige sind ihr die folgenden Unterlagen zu übersenden:
 - a) Erklärung des Herstellers, dass das Bauvorhaben, den eingeführten technischen Regeln, der geprüften Ausführungsplanung und den Nebenbestimmungen dieses Bescheides entspricht,
 - b) ggf. abweichende Bestandsunterlagen.
- 2.13 Für die Überwachung der Einhaltung von Vorschriften und Nebenbestimmungen ist ein Gewässerschutzbeauftragter zu bestellen (vgl. § 64 Abs. 2 Nr. 3 WHG). Dieser ist berechtigt und verpflichtet den ordnungsgemäßen Betrieb sowie die Wartung der Vorbehandlungen regelmäßig zu kontrollieren.

- 2.14 Bei Unterhaltung und Betrieb der Muldenversickerungsanlage sind die anerkannten Regeln der Technik, insbesondere die DIN-Vorschriften, zu beachten. Alle auftretenden Missstände sind ohne besondere Aufforderung sofort zu beseitigen.
- 2.15 Die Benutzungsanlagen dürfen nicht zweckentfremdet benutzt und nur geändert werden, wenn dadurch die Benutzung nicht über das zugelassene Maß hinaus erweitert wird und ordnungsrechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen. Die beabsichtigte Änderung ist zwei Monate vorher unter Beifügung der zur Beurteilung erforderlichen Pläne (Zeichnungen, Nachweise und Beschreibungen) der unteren Wasserbehörde des Landkreises Uckermark anzuzeigen.
- 2.16 Betriebsstörungen oder sonstige Vorkommnisse, die erwarten lassen, dass gefährliche Stoffe (z. B. nicht gereinigtes Abwasser, Giftstoffe, Gülle) in das Gewässer gelangen, sind unverzüglich -notfalls fernmündlich- anzuzeigen. Die Störung ist der unteren Wasserbehörde des Landkreises Uckermark, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau anzuzeigen. Dabei sind Art, Umfang, Dauer und Ort des Schadensereignisses genau anzugeben.

3. Vorbehalte und Hinweise

- 3.1 Die Erlaubnis kann auch nachträglich nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 und 2 WHG mit Inhalts- und Nebenbestimmungen versehen werden.
- 3.2 Die Erlaubnis ist gemäß § 18 Abs. 1 WHG widerruflich.
- 3.3 Ist die Erlaubnis durch Widerruf oder aus anderen Gründen erloschen, hat der Unternehmer auf Verlangen der Wasserbehörde in angemessener Frist die Einleitungsanlage ganz oder teilweise zu beseitigen und den früheren Zustand wiederherzustellen.
- 3.4 Auf das Verhältnis zwischen dem Gewässerbenutzer und den Gewässerschutzbeauftragten finden die §§ 55 bis 58 des BlmschG³ entsprechende Anwendung.
- 3.5 Die behördliche Überwachung der Gewässerbenutzung ist zu dulden. Zu diesem Zweck sind die Vertreter der Wasserbehörde nach den Maßgaben des § 101 Abs. 1 WHG befugt technische Ermittlungen und Prüfungen vorzunehmen, zu verlangen, dass Auskünfte erteilt, Unterlagen vorgelegt und Arbeitskräfte, Werkzeuge und sonstige technische Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, Betriebsgrundstücke und -räume während der Betriebszeit zu betreten, Wohnräume sowie Betriebsgrundstücke und -räume außerhalb der Betriebszeit zu betreten, sofern die Prüfung zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlich ist, und jederzeit Grundstücke und Anlagen zu betreten, die nicht zum unmittelbar angrenzenden befriedeten Besitztum von Wohnräumen sowie Betriebsgrundstücken gehören.

- 3.6 Durch diese Erlaubnis werden die aus anderen Rechtsgründen etwa erforderlichen Genehmigungen, Bewilligungen, Erlaubnisse, Zustimmungen oder Anzeigen nicht berührt oder ersetzt.
Der Gewässerbenutzer ist gehalten, Pflichten, die sich aus anderen Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der Gewässerbenutzung ergeben können, zu erfüllen.
- 3.7 Die Erlaubnis unterliegt nach Maßgabe des § 39d Abs. 2 BbgWG der Überprüfung durch die Behörde und wird, soweit erforderlich, dem neuesten Stand angepasst.

4.0 Begründung

Für die Errichtung der Schweinezucht- und -mastanlage sollen große Teile der vorhandenen Gebäude der ehemaligen „VEB Schweinezucht- und Mastanlage Haßleben“ genutzt werden. Beantragt wurde zuletzt eine Gesamttierplatzzahl für 36.861 Schweine. Die Errichtung von neuen baulichen Anlagen, insbesondere im Bereich der ehemaligen Verregnungspumpstation (Biogasanlage), ist ebenso geplant. Im Zuge der Realisierung des Vorhabens ist vorgesehen, die von der Dachfläche des im Bereich der geplanten Biogasanlage (Gebäudes Nr. 39) sowie der Zufahrtsstraße und den zugehörigen versiegelten Verkehrsflächen abfließenden Niederschlagswässer vor Ort zu versickern.

Im Untersuchungsgebiet befindet sich das FFH-Gebiet „Kuhzer See/Jakobs-hagen“, welches für die weiteren Untersuchungen der Auswirkungen des Vorhabens auf das FFH-Gebiet in Betracht zu ziehen ist.

Die Schweinezucht- und -mastanlage ist eine nach Spalte 1 des Anhangs zur 4. BImSchV⁴ genehmigungspflichtige Anlage. Für das Vorhaben ist zugleich gemäß Anlage 1 Nr. 7.7.1, 7.8.1 und 7.9.1 UVPG⁵ eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen und darüber hinaus gemäß § 34 Abs. 1 BNatschG⁶ die Verträglichkeit des Vorhabens mit den Erhaltungszielen der FFH-Gebiete zu prüfen.

Der Landrat des Landkreises ist gemäß § 126 Abs.1 i.V.m. § 124 Abs.2 BbgWG für die Entscheidung zuständig.

Eine Erlaubnis für das Einbringen und Einleiten von Stoffen in das Grundwasser darf gemäß § 48 Abs. 1 WHG nur erteilt werden, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist. Anhaltspunkte und Kriterien für die Wasserbeschaffenheit und ihre nachteilige Veränderung ergeben sich aus den gesetzlichen Regelungen sowie den jeweiligen Maßnahmeprogrammen und Bewirtschaftungsplänen.

Demgemäß ist die Erlaubnis gemäß § 12 Abs. 1 WHG zu versagen, wenn schädliche, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbare oder nicht ausgleichbare Gewässerveränderungen zu erwarten sind oder andere Anforderungen nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften nicht erfüllt werden. In Bezug auf die Erfüllung anderer öffentlich-rechtlicher Anforderungen ist vorliegend zu prüfen, ob gemäß § 34 BNatschG die Verträglichkeit der Gewässerbenutzung mit den Erhaltungszielen des im Untersuchungsgebiet liegenden FFH-Gebietes „Kuhzer See“ gegeben ist.

Die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis steht gemäß § 12 Abs. 2 WHG im pflichtgemäßen Ermessen (Bewirtschaftungsermessen) der zuständigen Behörde. Die Maßstäbe für das Ermessen der Behörde werden durch die in § 47 WHG normierten Bewirtschaftungsziele für das Grundwasser gesetzt. Danach ist das Grundwasser so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung seines mengenmäßigen und seines chemischen Zustands vermieden wird; alle signifikanten und anhaltenden Trends ansteigender Schadstoffkonzentrationen auf Grund der Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten umgekehrt werden und ein guter mengenmäßiger sowie ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden.

Versagungsgründe liegen nicht vor. Bei Einhaltung der geforderten Maßnahmen sind in dem zugelassenen Umfang und mit den geforderten Maßnahmen schädliche Gewässerveränderungen sowie Verstöße gegen die Bewirtschaftungsziele nicht zu befürchten. Die Gewässerbenutzung ist zudem nicht geeignet, das Natura 2000-Gebiet erheblich zu beeinträchtigen. Zu den näheren Einzelheiten wird auf den Abschnitt „Schutz von Pflanzen/Biotopen/Lebensraumtypen“ der zusammenfassenden Darstellung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheides Nr. 09.00.00/04 verwiesen.

Allerdings sind die im Erlaubnisbescheid aufgeführten Nebenbestimmungen notwendig, um nachteilige Wirkungen zu verhüten oder auszugleichen und um sicherzustellen, dass die der Gewässerbenutzung dienenden Anlagen technisch einwandfrei gestaltet und betrieben werden.

Wegen der UVP-Pflicht des Trägervorhabens ist gemäß § 11 WHG das wasserrechtliche Verfahren zusätzlich nach den Verfahrensvorschriften des UVPG durchzuführen und die Auswirkungen der Gewässerbenutzung auf die Umwelt zu prüfen.

Die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens erfolgte im Amtlichen Anzeiger Nr. 12, in der Märkischen Oderzeitung, dem Uckermark-Kurier, Regionalausgaben für Prenzlau und Templin am 30.03.2005 und im Amtsblatt des Landkreises am 05.04.2005. Die Anträge und die zugehörigen Unterlagen lagen zur Einsichtnahme für Jedermann in der Zeit vom 11.04.2005 bis einschließlich 10.05.2005 in der Genehmigungsverfahrensstelle der Regionalabteilung West des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und den folgenden Kommunen und Amtsverwaltungen während der Dienststunden aus: Gemeinde Boitzenburger-Land, Amt Gerswalde, Amt Brüssow, Amt Gramzow, Gemeinde Nordwestuckermark, Stadt Prenzlau. Während der Einwendungsfrist vom 11.04.2005 bis einschließlich 24.05.2005 sind zahlreiche Einwendungen form- und fristgerecht erhoben worden. Zu den näheren Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte des Bauordnungsamtes als interne Koordinierungsstelle der Kreisverwaltung verwiesen. Eine Zusammenfassung der Einwendungen mit den wasserrechtlichen Aspekten befindet sich im Ordner 2, Fach 5, der Verfahrensakte des Umweltamtes.

Die rechtzeitig erhobenen Einwendungen mit wasserrechtlichen Inhalten wurden am 30. und 31.08.2005 im Marstall Boitzenburger-Land in 17268 Boitzenburg erörtert. Über den Erörterungstermin wurden Niederschriften gefertigt, die Bestandteil der Verfahrensakte sind (Ordner 2, Fach 4). Die hinsichtlich der Regenwasserversickerung gewonnenen Erkenntnisse aus dem Erörterungstermin fanden im weiteren Verfahrensverlauf und in der vorliegenden Entscheidung Berücksichtigung (Ordner 1).

Die Darstellung der zu erwartenden Auswirkungen der Vorhaben sowie deren Bewertung hat ergeben, dass schädliche oder erhebliche Auswirkungen auf die betrachteten Schutzgüter nicht zu besorgen sind. Zu den näheren Einzelheiten wird auf den Abschnitt „zusammenfassende Darstellung“ des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheides Nr. 20.009.00/04/0701G1/RO verwiesen.

5.0 Kostenentscheidung

Für die Erteilung dieser wasserrechtlichen Erlaubnis wird eine Gebühr mittels gesonderten Gebührenbescheids erhoben.

6.0 Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese wasserrechtliche Erlaubnis kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim

Landkreis Uckermark
Der Landrat
Karl-Marx-Straße 1
17291 Prenzlau

schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

In Vertretung



Karina Dörk
1. Beigeordnete

Rechtsquellen

-
- ¹WHG Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 734),
- ²BbgWG Brandenburgisches Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl. I Nr. 20)
- ³BlmSchG Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274)
- ⁴4.BImSchV Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 02.05.2013 (BGBl. I S. 973)
- ⁵UVPG Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 734)

⁶BNatSchG Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 24 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482)